

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage), Verantwortlicher Redakteur für den Teil Sozialer und Demokratischer Kreise, für die Anzeigen: Rudolf Kohnschi, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Wollender, Leipzig. — Preis: Halbeschilling, Halbeschilling, Halle, Große Ulrichstraße 27, — Druck-Verlag G. m. b. H., Leipzig, Königstr. 5.

Zeitungspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Volksstimmen vierteljährlich 2,70 M. ohne Befehlgebühren. Einzelne Nummern 10 Pf. — Anfertigungsgeschäft: Die 7. Teilg. Kolonnen-Zelle 20 Pfennig, Zentrale an Nummer 22 Pfennig, in Halle-Zelle 70 Pfennig, Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27, Fernspr. 5407. — Zeitungspresse Seite 41

Nr. 223.

Halle, Donnerstag den 26. September 1918.

2. Jahrgang.

## Eine politische Debatte im Hauptauschuss.

Am Mittwoch kam es im Hauptauschuss zu überaus scharfen Angriffen gegen das ganze militärische System. Den Anfang machte der Zentrumsgesandnete G r o e b e r, der betonte, daß wenn auch die militärische Lage momentan nicht ernstlich sei, doch zu einem bestimmten Zeitpunkt Anlaß vorhanden sei, die ganze Front bei der nötigen Gelegenheit von dem Zusammenstoß zwischen Regierung und Volk. Kriegerlager u. Vater habe in Stuttgart ein Programm entwickelt, das vom Zentrum durchaus abgelehnt werden könne. Zweifellos habe aber die Regierung in manchen Dingen versagt, und zwar deshalb, weil ein Jointsatz bestehe zwischen Regierung und mehreren militärischen Stellen. Dieser Widerspruch müsse so rasch als möglich beseitigt werden, ehe es zu spät sei. Wenn dazu außerordentliche Mittel notwendig seien, dann müßten sie ohne jede Rücksicht angewendet werden. Abg. G r o e b e r forderte dann, daß bei der Regelung der Schranken künftige Anstrengungen vollkommen ausgeschlossen werden müßten und man bei Bürgern ein freies Selbstbestimmungsrecht einräumen habe. Weiterhin, daß man würde diese Mittel selber nicht verlangen, daß eine Revision der Friedensverträge herbeigeführt werde. Als geradezu unerhörte bezeichnete er den Zentrumsvorwurf, daß man den Bürgern im Osten verweigere, mit deutschen Reichslandgeordneten in Verbindung zu treten. Sogar den Bürgern, die jüngst auf einer Kundgebung in Deutschland waren, ist ausdrücklich verboten worden, bei ihrer Anwesenheit in Berlin mit Zentrumsgesandneten zu sprechen. Genau so unerbittlich sei es, daß die politische Frage heute immer noch in der Schwere liege, darüber verleihe einen Einblick das reichsweite Reichstagsparlament, das vorhin die Verbände und die Versammlungen zu verurteilen, in denen über den Friedensvertragsfragen gesprochen worden soll. Das Verbot richtete sich zunächst gegen die Organisation der Friedensfreunde, mußte aber natürlich in seiner Wirkung alle Versammlungen ergreifen, die sich mit den gleichen Frage beschäftigen. Abg. G r o e b e r stellt fest, daß der Reichstagsrat mit diesen Verboten nicht einverstanden sei. G e n e r a l s i e l e g e es mit dem Verbot, in öffentlichen Versammlungen das reichsweite Volk zu erörtern. Dem Herrschaftswortlichen Sieger muß hat man verboten, in Münster über diese Regierungsvorläufe zu reden. Es müsse verlangt werden, daß der Zustand aufhöre, daß militärische Kreise die Politik der Reichsregierung durchkreuzen.

Abg. G e i d e m a n n, der dann zu Worte kam, rechnete mit der Regierung in überaus scharfer Weise ab. Er hielt ihr vor, daß das letzte Jahr das schlimmste gewesen, das das deutsche Volk jemals erleben mußte. Viele Hoffnungen sind zerbrochen worden, ohne daß man dem Frieden näher gekommen sei. Die jehige militärische Lage dieser zurückzuführen sein auf die Unterwerfung des Westens und die Unterwerfung, die man dem ganzen deutschen Volk zubringen versucht. Die Erklärungen des Generals v. W r i e s e b e r g genügen in keiner Weise, es müsse vielmehr eine umfassende Aufklärung gebietet werden. Wir sind der Überzeugung, daß der Krieg gewonnen ist, wenn er den Bestand des Reichesichert und um Freiheit im Innern bringe. Die militärischen Kreise dagegen stellen ihre Ziele erstreckt weiter und verbinden auf diese Weise eine Verhängnisvoll. Redner trittt ein auf die Opposition und erklärt, daß die Zusammenkünfte zum Friedensvertrag von Westfalen ein schwerwiebiges Friedenshindernis seien. Dabei bestehen in gewissen Kreisen geradezu abenteuerliche Pläne und die Aufgabe der Regierung die Verantwortliche dieser Pläne deutlich zu machen. Der Plan, dem Kaiser den Segenszug von Karlau zu verweigern, müsse als unbillig erachtet angesehen werden. Das finanzielle Vorgesandtene dieser Deutschen ist nicht verständlich. Wenn der Randspott von Hessen nach Finnland gehe, so tue er das vollständig auf eigene Rechnung und Gefahr. G e i d e m a n n schließt dann, wie militärische Kreise die Bestrebungen der Zivilregierung fortwährend durchkreuzen. Man stellt sich auf den Standpunkt, Rubensdörfer registriert und nicht Herrling. Die Militarismus bei uns in Lande herrscht, das zeige das Vorgehen gegen die von den Unabhängigen einberufene Wählerversammlung. Die sozialdemokratische Front hat gegen dieses Vorgehen sofort den schärfsten Protest erhoben. Abg. (Redner) sei sogar kürzlich in Wien in einer Versammlung beiseite vertrieben worden, auch nur ein Mann über das reichsweite Volkrecht zu sagen. Nicht weniger toll treiben es die Junker, die sogar die Berufstätigkeit von allgemein bekannten Dingen aus weiteres unterbrückt. Auf diese Weise befinde man die Stimmung im Lande wahrlich nicht.

Die Bemerkungen militärischer Kreise, welche freiere Regelung im Volk einfluss niederzuzulassen, hat dazu geführt, daß die Stimmung an der Front immer schlechter wurde.

Der Militarismus gegenüber müsse es heißen: Fort mit den Reberregierungen. Wir haben ein Votum aufgestellt, bei dessen Einhaltung es uns möglich wäre, eine Regierung zu unterbreiten. Abg. G e i d e m a n n berichtet dann die belgische Frage und hält dem Reichstagsrat vor, was Abg. G r o e b e r dieser Lage in einem Zuge darüber festgelegt hat. Zweifellos war der Gewinn in diesem Sinne genau so ein Fehler wie die Vollstreckung des vormaligen Reichs- und Westkrieges. Die Regierung müsse sich darüber klar sein, mit Konsequenzen sei heute nicht mehr zu befehlen, was wir brauchen, ist ein gründlicher Systemwechsel!

General v. W r i e s e b e r g tadelt den Reichstag als Kriegsminister zu rechtfertigen, daß die Vereinfachung der Friedensverträge mit ihren Veränderungen nur die Stimmung im Volk verderben wollten. Die Verfassung, daß über das Wahlrecht nicht gesprochen werden

dürfte, sei längst befeitigt, aber es sei möglich, daß immer noch Rücksicht vorzukommen, wenn die kommandierenden Generale haben auch die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Sicherheit im Innern des Reiches nicht gefährdet werde. Den Redner des Abg. G r o e b e r, daß die Front eine feste Front mehr in den Weg legen. Abg. G r o e b e r setzt dann auseinander, daß es die Schuld der Regierung selber sei, wenn die Stimmung im Volk immer schlechter geworden sei. Zu Befürchtungen sei kein Anlaß vorhanden, denn wir stehen in Feindesland, ein Mangel an Kriegsmaterial besteht nicht, so daß wir also durchgehalten in der Lage sind. Die politische Leitung des Reiches müsse aber alles tun, um die Gemütern zu befechtigen, die sich der gefestigten inneren Front entgegenstellen. Ohne Abänderung des Gesetzes über den Belagerungszustand sei auf eine gründliche Besserung nicht zu rechnen. Die Regierung kann sich bei Beträuern im Volk nur dann erheben, wenn sie den Kampf gegen die verbreitenden Elemente aufnimmt, was besonders aber in der Wahlrechtsfrage. Die Schaffung eines Stillschließens sei mit Frieden zu begründen. Redner erklärt, daß der Versuch des Generals v. W r i e s e b e r g, den ungeheuerlichen Erlass des Kriegsministers zu entziehen, durchaus misslingen sei.

Abg. G r e t e m a n n erklärt, daß auch die Nationalliberalen auf den Boden des Programms treten, das zwischen Reichheit und Regierung vereinbart sei. Den Ausführungen Schwedens über die Folgen glaubt Abg. G r e t e m a n n entgegenzusetzen zu müssen. Er fordert, daß dem Reichstag das ganze Material über Belgien vorgelegt werde, dann erst sei die Möglichkeit gegeben, Klarheit zu gewinnen. Redner warnt dann davor, sich in die inneren Verhältnisse des Reiches einzumischen und erklärt, daß die Zusammenkünfte, die mit Ausland geschlossen wurden, auf die Zustimmung der Nationalliberalen ruhen können. Er beklagt weiter, daß bei der Landverteilung im Osten die Mitternacht in der einseitigen Weise bevorzugt wurde und erklärt, daß seine Fraktion trotz mancher Widersprüche die zu überwinden waren, auf dem Boden des gleichen Willens sich, dessen Herbeiführung nicht mehr aufgeben werden könne. Wenn das Herrschaftswort für die Wahlrechtsfrage der Regierung nicht zu haben sei, dann müsse die Regierung die Konsequenzen ziehen und den Landtag auflösen.

General v. W r i e s e b e r g läßt dann mitteilen, daß er am Nachmittag den Mitgliedern des Ausschusses vertrauliche Mitteilungen über die militärische Lage machen wolle.

Die Beratungen wurden dann auf Donnerstag vertagt.

Die Reden der Regierungsmänner am ersten Tage der Sitzung des Hauptauschusses brachten nur eine große Enttäuschung, weil sie auf die Fragen der inneren Politik, die das ganze Volk bewegen, auch mit keinem Worte eingingen, also auch keinerlei Klärung der Lage brachten. Am zweiten Tage haben die Führer der Mehrheitspartei und der Abg. Dr. G r e t e m a n n eingehend. Die Mehrheitsredner wenden sich übereinstimmend scharf gegen die Reberregierung der Militärbehörden und die Generalkommandos und besonders gegen einen Erlass des Kriegsministers v. Stein, der alle Verammlungen des Volksbundes für die Friedensbewegung verbietet, die sich mit dem Verhängnisvoll verbunden beschäftigen. Die Zivilregierung ist eben nur das fünfte Rad am Wagen. Die Regierung hat sich bis jetzt auf den Widerstand über die Handhabung des Belagerungszustandes durch die Militärbehörden noch nicht geäußert. Es werden im Hauptauschuss zunächst noch die Führer der Minderheitspartei sprechen, ehe eine Klärung der Lage zu erwarten ist. Sicher ist nur, daß der Reichstagsrat bei den Mehrheitspartei keine Stütze mehr hat, nicht einmal beim Zentrum. Es kann eben niemand verborgen bleiben, daß die Regierung Herrling ohnmächtig ist und nur gezwungen Zugeständnisse macht und hinter den Ereignissen herhinkt und so die Lage nur immer mehr verschlimmert. Das heute die Lage sehen kann, ist einzig die Regierung, die mit der Reichstagsmehrheit in der äußeren Welt heute hauptsächlich in einem Volk geschlossen auf festem Boden steht. Wenn diese Gefährlichkeit heute nicht erreicht wird, muß sich die Stimmung im Volk — zumal wir jetzt vor der Zusage stehen, daß die feilschenden Wochen auch im nächsten Jahre fortgesetzt werden sollen, für die es bisher wochenlang nicht der geringsten Erlass gab — immer weiter verschlechtern, bis es eben zu spät ist. Daß die Stimmung im Innern auch auf die äußere Front zurück wirkt, braucht nicht besonders gesagt zu werden. Alle Bewegungen vom Durchhalten und der Kontinuität der geschlossenen Front nach außen kommen da nicht helfen. Wenn es um äußersten kommen sollte — was wir nicht wünschen — dann ist letzten Endes nicht nur die altersschwache Regierung daran schuld, sondern auch die Mehrheit des Reichstages, die diese Regierung nicht vor ein Entwerfen — oder stellt, so die Fortleitung der schließlichen Krise verhindert. An der Wahlrechtsfrage hat der Reichstagsrat von neuem berichtet, daß er sofort das Abgeordnetensatz anstellen werde, wenn das Herrschaftswort vorliegt. Aber damit ist es jetzt schon gar nicht mehr getan. Es handelt sich heute nicht nur um die Demokratisierung Frankreichs, sondern auch um die Bundesstaaten und des ganzen Reiches. Hier muß die W e i s t a d t a sprechen und das gleiche Wahlrecht für alle Bundesstaaten durch Reichstagsrat und weiter die Parlamentarisierung der Regierungen fordern. Jede Verzögerung auf diesem Wege zur Demokratisierung

Deutschlands bedeutet eine Gefahr für das Dasein und die Sicherheit des Reiches.

Der Bornärts weißt darauf hin, daß die Sozialdemokratie nicht erzwungen hat, in das Kabinett Herrling einzutreten. Die Bereitwilligkeit der Sozialdemokratie, in die Regierung einzutreten, besteht sich offenbar nur auf eine neu zu bildende Regierung. Die „Bedingungen“ bilden die Sozialdemokratie unüberwindlich fest. Sie sind nach der Überzeugung der sozialdemokratischen Partei, für das Reich in diesem Augenblick das allerunvermeidliche. Das Mindestprogramm sei nicht zu dem Zweck aufgestellt, „ein Sankelsojekt zu bilden“.

### Zur Lage.

Am Aufbruch an die getrigen Hauptauschuss-Verhandlungen hielten die einzelnen Parteien wieder Fraktionsversammlungen ab. Über eine am Mittwoch abend stattfindende Sitzung der Mehrheitspartei äußert die Volksstimme folgende Bemerkungen:

Dem Gegenstand der heutigen gemeinsamen Besprechungen der Fraktionen werden die sozialdemokratischen Forderungen bilden. Man nimmt an, daß das Zentrum den wesentlichen Teil der Forderungen auszusprechen wird, überflüssig ist es den Fraktionen, als es in gewissen Punkten die Sozialdemokraten sich zu einer entgegenkommenden Umformung ihrer Forderungen verliehen werden. Aus diesem Fortschritt läßt man sich, daß nach dem Laufe der Ereignisse die Konstanten sich immer mehr zu einer reinen Parteienfrage stellen, und man gewinnt gleichzeitig den Eindruck, daß die Parteienfrage an sich kein dauerndes Trennungsmoment zwischen den Parteien der Mehrheit bilden wird.

Das Berliner Tageblatt schreibt: Wenn man mit einer gewissen Berechtigung eine Zeitung von einer Kritik der Mehrheitspartei sprechen könnte, so darf diese Kritik nicht als heuchlerisch angesehen werden; hingegen besteht die Konstanten noch vor.

Aus parlamentarischen Kreisen wird dem Sozialdemokraten zur heutigen Sitzung des Hauptauschusses gefolgert:

Die Rede des Zentrumsvorstehers G r o e b e r brachte eine Ueberzeugung und wurde allgemein als Zeichen einer Wendung in der Haltung des Zentrums angesehen. Wenn auch G r o e b e r für den Kaiser eintrat, so hatte man doch in vielen Kreisen seiner Führer die Empfindung, daß sein Wort nur die Form wahren sollte und daß in der Sache das Zentrum vor einer Neuorientierung steht, die einer Einigung mit den beiden anderen Fraktionen der Mehrheitspartei den Boden ebnen soll. Die Führer der Reichsliberalen, G r e t e m a n n und G e i d e m a n n, sprachen sich entschieden, blieben aber maßvoll in der Form. Zum Schluß ergreift für die Nationalliberalen Dr. G r e t e m a n n das Wort. Aus seiner Rede glaube man in den Kreisen der Mehrheitspartei die prinzipielle Bereitwilligkeit herauszuheben zu können, sich mit ihnen in gemeinsamer Arbeit zu vereinigen.

### Ein geschichtlicher Draufseher.

Die Germania schreibt am Mittwochmorgen: Wir haben, was die Zentrumsfraktion des Reichstages anlangt, bereits mitgeteilt, daß sie sich vollkommen einig ist in dem Entschluß, an einer Aktion (nicht „Revolution“, wie der Draufseher) einer Aufnahme zum gegenwärtigen Reichstagsrat nicht teilzunehmen.

Nach dieser Stellung scheint also die Zentrumsfraktion von den Parteien, die das Verbleiben des Herrn von Herrling in seinem Amte mit den Interessen des deutschen Volkes für unvereinbar halten, doch weiter abgerückt zu sein, als es nach der ersten Fassung seiner Forderungen; scheint, denn auch das richtige Wort ist wohl ebenfalls wie bei uns andere.

Zur Sache selbst sagt die Germania: Sie die Zentrumsfraktion wird sich heute nach dem Großen Herrling Rede in dieser Meinung (daß sie sich an einer Aktion) gegen Herrling nicht beteiligen könne. Red, nur bekräftigt werden. Und das gleiche kann schließlich selbst von ihrer Bereitwilligkeit gegen die Sozialdemokraten in das Kabinett Herrling grundsätzlich geneigt zu bleiben. Die Frage ist, ob die Auffassungen, die heute der Reichstagsrat über die großen Probleme der neuen Weltordnung, auf der allein der Friede geschlossen werden zu können nach dieser Richtung zu machen. Zunächst möchten wir allerdings annehmen, daß dann die als Minimumprogramm ausgegebenen sozialdemokratischen Voraussetzungen nicht in allem das letzte Wort darstellen. Nachdem die Sozialdemokratie einmal getrieben durch den Mund Schwedens sich zur Friede bekannt hat, an der Organisation der nationalen Versammlung, die gegen die Forderung der Friede auf ethischer Grundlage unmöglich ist, wird sie nicht umhin können, alles das aus ihren Forderungen und ihrem Vorgehen auszuschließen, was etwa nach einfacher Parteilichkeit auszusprechen würde. Denn etwas ist mit dem Programm der Zusammenfassung aller Reichsliberalen. Im ganzen darf man den heutigen Tag nur als das letzte auf dem Wege zur einheitlichen Klärung der Lage betrachten, von der erst dann wirklich die Rede sein können, wenn sich die Stellungnahme der Parteien zum Großen Herrling und seinen Erklärungen selbst überlegen lassen.

### Sympathieverbindungen für Gailaux.

Am 25. September. Nach einer Berliner Meldung berichtet das Journal du Peuple, bei einer von der Partei der Unabhängigen abgehaltenen Versammlung, die gegen die Bestellung Malins protestierte, sei es zu großen Sympathieverbindungen für Gailaux gekommen. Als in den Reden, die bei dieser Gelegenheit gehalten wurden, von mehreren Seiten ausgeführt wurde, Gailaux sei trotz der Verletzungen des Haupt der französischen Demokratie der Menge in beliebige Bedrucks auf Gailaux aus. Unter lebhaftem Beifall erklärte ein Redner, Clemenceau sei durch die Agitation Dubets zur Macht gekommen. Die Verammlungen haben schließlich eine Tagesordnung an, die einen scharfen Protest gegen die Bestellung Malins enthält.



Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Nordostanglo-Bayern.

Kege Gefangenschaft in Flankern, Südwesten Westens...

Heeresgruppe Ost.

Offensiv des Ostens nahmen wir in südlichem Gegenseitig bei...

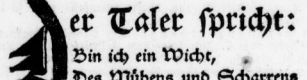
Zwischen dem Ostanglo-Bayern und der Somme nahmen Engländer...

Heeresgruppe Deutscher Anstalt.

Zwischen Ost und West drangen Sturmabteilungen in die feindlichen...

Die letzten Gefechte im Luftkampf 28. September Flugzeuge und...

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorf.



Der Taler spricht:

Bin ich ein Wicht, Des Müßens und Scharrns Und Wahrens nicht wert? Wer schmiedet aus mir Das deutsche Schwert? Da hat ihn die 'Neunte' Schwiegend genommen: Er ist in die rechte Schmiede gekommen.

gegen haben sich in den letzten Jahren die sogenannten Kartoffel...

Die Allgemeine Ortskrankenkasse für den Saalkreis, die ihren Sitz in Halle hat, hielt am 24. September eine Ausschuß...

aus eigenen Mitteln einen Kranenwagen, der bei der Firma August Drecher in Weidberg untergeleitet ist. Die Beschriftung der Wagnung, nach der Berichtigen, ist im Kranenhaus untergebracht...

Einbezügliche Kriegsanleiherklärung für Heeresangehörige. Dem Deutschen Kriegsanleiherklärungsbüro - Verband wird ausgeschrieben: Seit Einführung der Kriegsanleiherklärung im Frühjahr 1917 hat die Beteiligung der Heeresangehörigen an dieser Form der erleichterten Teilung mit jeder Anleihe an Umfang zugenommen.

Der Verband hat bereits die Genehmigung des Kaiserlichen Hofrats für Privatversicherung erhalten. Der Betrieb dieser für viele Heeresangehörige Versicherung erfolgt auf gemeinsames Bedingen der beteiligten Gesellschaften nach einem vereinbarten Teilungsplan.

Schlusß mit dem „Doppelstiel“.

Im Volkstheater wiederholt Julius Hildebrandt nochmals seine festerliche Erklärung, daß der Abgerundete Haas tatsächlich von der interessierten Berufsöffentlichkeit erst am 17. September Kenntnis erlangt hat. Als ob diese Feststellung wesentliche Bedeutung hätte...

Wünsche zur Kartoffellagerung.

Die Zeit der Kartoffellagerung steht wieder vor der Tür, sie sollte aber nur dort erfolgen, wo auch die geeigneten Räume zur guten Unterbringung der Kartoffeln vorhanden sind.

Zwischen Himmel und Erde.

Roman von Otto Ludwig.

Wenn auch ein solches Verhältnis nicht bestand, Apollonius konnte sich nicht entschließen, es in das Leben zu rufen. Der Wetter hatte ihnen manchmal Wind fallen lassen, doch darin aucte; und das Mädchen, von dem die Rede war, hatte sich nicht getraut.

Garten darum, jeder Baum darin rief ihn. Der Bruder, die Schwester - diesen Namen gab er Christinen - riefen ihn. Er fühlte sich sicher, daß es nur die Schwester war, die ihn zu ihr zog.

So war es gekommen; daß der Gedanke an sie keine von den alten Hoffnungen erweckte. Als er von der Höhe herab sah, fragte er sich: Wird mirs gelingen, ihr Bruder zu werden, die mit jetzt eine Schwester ist?

Wer heute in das Haus hineinsehen konnte mit den armen Ferkelchen, etwa eine Stunde vor Mittag, der merkte wohl, daß die Gedanken seiner Bewohner nicht im gewöhnlichen alltäglichen Gesehe gingen.

Der Vater rief ihn zurück; er mußte gehören. Aber es war mehr, als der bloße Gehorham in ihm lebendig. Er ging nicht nur; er ging gern.

gefallen hatte, welche Zeit es sei, und sie wieder hervorholte, und da er nicht wußte, warum er das getan, so an das Ohr hielt, und ohne Gehör zu haben, ob sie noch atme oder nicht, den Uhrschlüssel ludte und sie auszog, vielleicht zum drittenmal in Zeit von einer Stunde; der wird falls er sich noch bestimmen kann auf das, was er schon damals nicht wußte, als er im Jahre 1870 in die Welt gekommen ist, wie er die am Ende der Welt zu sein dachte, als er im Jahre 1870 in die Welt gekommen ist.

Im Garten kann der alte Valentin einem eben so alt als er im blauen Rock nichts recht machen. Er ist zu aufgeregt und sieht viel durch den Baum nach der Straße, darüber tut er bald zu wenig, bald zu viel; und der alte Herr schilt mandamal, weicht es auch nur, um seine eigene Bewegung zu verbergen.

(Fortsetzung folgt.)

